

## **15. JAHRESTAGUNG DER OSTSEEPARLAMENTARIERKONFERENZ**

**Reykjavik, 4.-5. September 2006**

### **Tagungsbericht**

Die 15. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) fand auf Einladung des isländischen Parlaments am 4. und 5. September 2006 in Reykjavik, Island statt. Im Mittelpunkt der diesjährigen Konferenz standen die **Nördliche Dimension** sowie die Meeresumwelt der **Ozeane und Meere**. Die drei Teilsitzungen waren der Zusammenarbeit im Ostseeraum, den Ozeanen und Meeren sowie der Nördlichen Dimension einschließlich Arbeitsmarktfragen gewidmet.

An der Tagung nahmen Vertreter nationaler und regionaler Parlamente aus den Ländern des Ostseeraums, des Nordischen Rats und des Europäischen Parlaments sowie als Beobachter und Gäste Vertreter des Ostseerates (CBSS), der Helsinki-Kommission, des Ostsee-Gewerkschaftsnetzes und der Nordischen Gewerkschaften, der südschwedischen Industrie- und Handelskammer sowie regionaler parlamentarischer Versammlungen teil. Deutschland war mit parlamentarischen Delegationen aus Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein sowie dem Deutschen Bundestag mit den Abgeordneten PSt **Franz Thönnes** (SPD), **Kurt Bodewig** (SPD), **Ulrich Adam** (CDU/CSU), **Ingbert Liebing** (CDU/CSU), **Jürgen Klimke** (CDU/CSU) sowie **Dr. Christel Happach-Kasan** (FDP) vertreten.

#### **Erste Sitzung – Zusammenarbeit im Ostseeraum**

Nach einleitenden Worten durch die Präsidentin des isländischen Parlaments Althingi, Frau **Sólveig Pétursdóttir**, die die große Bedeutung der Beziehungen zum Ostseeraum für Island aufgrund jahrhundertelanger enger politischer und wirtschaftlicher Kontakte unterstrich, und einer Ansprache des bulgarischen Vertreters der PABSEC, **Petar Dimitrow**, wurde die erste Sitzung unter dem Vorsitz von **Gennady Khripel** (Russland) eröffnet.

Den Bericht des Ostseerates hielt Botschafter **Christer Persson** aus dem schwedischen Außenministerium. Er erläuterte darin die Prioritäten der schwedischen Präsidentschaft für den Zeitraum Juli 2006 bis Juni 2007. Schweden bemühe sich um eine Zusammenarbeit mit anderen regionalen Strukturen und Organisationen, um die gemeinsamen Ziele tatsächlich zu er-

reichen, eine größere Sichtbarkeit der Maßnahmen zu erzielen und zu konkreten Ergebnissen zu gelangen. Die drei großen prioritären Bereiche seien

1. Energie und Umwelt (Verbesserung des Schutzes und der Erhaltung der Umwelt im Ostseeraum),
2. zivile Sicherheit (Förderung von Demokratie, Menschenrechten und sozialer Sicherheit, Stabilität, Sicherheit und Wohlstand im Ostseeraum) und
3. Handel und Investitionen (Beseitigung von Hindernissen für Handel und Investitionen und Förderung der Kontakte von Unternehmen in der Region).

Der schwedische Vorsitz freue sich über die aktive Unterstützung der Parlamentarier bei der Erreichung dieser Ziele. Zu dem 6. Gipfel der Regierungschefs der Ostseestaaten am 7. und 8. Juni 2006 in Reykjavik sei erstmals auch die Vorsitzende des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz, Frau Arja Alho, eingeladen worden. Dies sei als ein beträchtlicher Schritt nach vorn bei der Zusammenarbeit von Regierung und Parlamenten im Ostseerat zu werten. Der Vorschlag einer formalisierteren Zusammenarbeit zwischen Ostseerat und BSPC in Form eines Memorandums of Understanding sei mehrfach im Ausschuss der Hohen Beamten des Ostseerates diskutiert worden, doch es erscheine derzeit nicht möglich, einen Konsens hierüber zu erzielen, was angesichts der guten Kooperation auf Arbeitsebene auch keine wirkliche Besserung darstellen würde. Botschafter Persson machte den Vorschlag einer Zusammenarbeit in Bereichen von gegenseitigem Interesse, wie beispielsweise zwischen der Arbeitsgruppe Eutrophierung der BSPC und dem entsprechenden Gremium des Ostseerates, Baltic 21. Er lud den künftigen Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses der BSPC, PSt Franz Thönnies, schon jetzt zu einer Teilnahme am Treffen der Außenminister der Ostseestaaten am 13. Juni 2007 in Malmö ein, mit dem die schwedische Präsidentschaft des Ostseerates ihren Abschluss finden wird.

Als Beispiele für jüngste Erfolge in der Zusammenarbeit des Ostseerates nannte Botschafter Persson die Gemeinsame Erklärung über den Datenaustausch bei der Überwachung der Luftstrahlung, die Studie über Bürgerbeteiligung im Ostseeraum sowie das Projekt der Eurofakultäten in den drei baltischen Ländern und Kaliningrad. Als einer der wichtigsten Akteure im Ostseeraum sei der Ostseerat an den Diskussionen über die Politik der Nördlichen Dimension beteiligt gewesen. In den Diskussionen sei unterstrichen worden, dass der Ostseerat einige der Mittel zur Verwirklichung der Ziele der Nördlichen Dimension bereitstellen könne und dass die Umsetzung der neuen Politik auf den Erfahrungen regionaler und kommunaler Akteure wie dem Ostseerat und seinem Kooperationsnetz aufbauen solle. Der Ostseerat könne daher als vertikales Bindeglied im Ostseeraum zu allen Partnern der Nördlichen Dimension angesehen werden. Er freue sich über das aktive Interesse der Parlamentarier an der Politik der Nördlichen Dimension und sehe den Beiträgen in der dritten Sitzung mit Erwartung entgegen.

Über die *Entwicklungen bei der Ostseekonferenz* im Laufe des vergangenen Jahres berichtete die Vorsitzende des Ständigen Ausschusses, Frau **Arja Alho** (Finnland). Seit der Jahrestagung in Vilnius sei der Ständige Ausschuss fünf Mal zusammengetreten, um die derzeitige Konferenz und die Schlussresolution vorzubereiten, die für sein Arbeitsprogramm festgelegten Themen zu verfolgen und eine Einigung über die künftige Finanzierung der BSPC zu finden. Mit der Änderung der Geschäftsordnung auf der Konferenz in Vilnius hätten der Deutsche Bundestag und das Europäische Parlament einen Sitz im Ständigen Ausschuss erhalten, der von Staatssekretär Franz Thönnies und der Europaabgeordneten Diana Wallis (Vereinigtes Königreich) wahrgenommen werde. Im Januar 2006 habe erstmals eine Sitzung des Erweiterten Ständigen Ausschusses unter Teilnahme der Leiter aller Delegationen stattgefunden, die mit einem Runden Tisch über die Nördliche Dimension verbunden worden sei. Aufgrund der großen Bedeutung, die die Konferenz der Frage der Meeresumwelt beimesse, sei in Vilnius die Einsetzung einer Arbeitsgruppe für Eutrophierung beschlossen worden, die 2006 drei Mal zusammengetreten sei und auf der Jahrestagung 2007 in Berlin einen abschließenden Bericht über ihre Arbeit vorlegen werde. Der Ständige Ausschuss habe die Umsetzung der Entschlie-

Bung 2006 in den Mitgliedsparlamenten verfolgt und Berichte über konkrete politische Aktivitäten – das Thema der Nördlichen Dimension, die Beziehungen zwischen der EU und Russland, das Programm für die neuen Nachbarn, aber auch Europäische Meerespolitik, Transport und Logistik, Schifffahrtssicherheit, Nichtregierungsorganisationen und Kaliningrad – gehört. Während der isländischen und schwedischen Präsidentschaft habe der Ständige Ausschuss gute Arbeitsbeziehungen mit dem Ostseerat unterhalten. Frau Alho dankte Botschafter Persson und dem Ostseerat für die freiwillige Berichterstattung über die Aktivitäten des Ostseerates gegenüber der Konferenz und betonte die generelle Bereitschaft des Ostseerates zur Weiterentwicklung der gegenseitigen Kontakte. Ihre Teilnahme am Gipfel der Ostseestaaten habe ihr erstmals auch die Möglichkeit gegeben, ihr Wort an die Ministerpräsidenten zu richten. Die Konferenz nehme darüber hinaus auch jedes Jahr ihren Beobachterstatus bei der Helsinki-Kommission wahr. Aufgrund der geänderten Geschäftsordnung sei es möglich, dass im weiteren Verlauf der Jahrestagung die Leiter aller Delegationen im Erweiterten Ständigen Ausschuss letzte Änderungen an der Schlussresolution diskutieren könnten.

Eine Neuregelung habe man auch für die Finanzierung der Konferenz finden müssen, da die Kosten nicht mehr allein vom Nordischen Rat getragen werden könnten. Ein Teil der Kosten des Konferenzsekretariats in Höhe von 112.000 € müssten künftig über Mitgliedsbeiträge der einzelnen Parlamente aufgebracht werden. Dabei entfielen ca. 10.500 € auf die Parlamente der großen Länder, 3.500 auf die kleineren Länder und ca. 2.400 € auf die regionalen Parlamente. Die Reaktionen der Parlamente auf den Finanzierungsvorschlag seien mit einer Ausnahme positiv gewesen, sie hoffe jedoch, auch das ablehnende Parlament zum Umdenken bewegen zu können.

Die Frage, wie eine *größere Einflussnahme der Parlamentarier* erzielt werden könne, wurde von **Ole Stavadv** (Dänemark, Nordischer Rat) thematisiert. Herr Stavadv begrüßte das Signal der schwedischen Präsidentschaft des Ostseerates zu einer stärkeren Zusammenarbeit. Die Probleme der Ostsee könnten nur in Zusammenarbeit mit Russland gelöst werden, daher sei eine starke Beteiligung Russlands notwendig. Ole Stavadv schlug vor, ein Modell zu entwickeln, mit dessen Hilfe jede von der BSPC beschlossene Maßnahme in den Mitgliedsparlamenten weiterverfolgt werden könnte. Anschließend sollten Länderberichte über die zur Weiterverfolgung ergriffenen Aktivitäten und Maßnahmen gegeben werden. Herr Stavadv regte an, den Erweiterten Ständigen Ausschuss zu einem Forum umzuwandeln, in dem die Berichte über die Erfolge in den einzelnen Parlamenten vorgetragen werden könnten – dies sei die beste Möglichkeit, um Achtung und Aufmerksamkeit seitens der Exekutive zu erzielen.

In der anschließenden *Plenardiskussion* ermutigten Abg. **Kurt Bodewig** (DBT) und **Anke Spoorendonk** (Landtag Schleswig-Holstein) den Ständigen Ausschuss, die Anstrengungen zur Erzielung einer formellen Zusammenarbeit mit dem Ostseerat fortzusetzen. Herr Bodewig und Frau **Ojala** (Finnland) setzten sich für einen Ausbau der Zusammenarbeit mit den NGOs im Ostseeraum ein. Botschafter **Persson** erläuterte, dass der Ostseerat seit dem polnischen Vorsitz eine Kooperation mit den NGOs eingeleitet habe und man lange Diskussionen mit dem NGO-Forum geführt habe, von dem man ein wertvolles Feedback für die Regierungsarbeit erhalte. PSt **Franz Thönnies** (DBT) ging auf den Beitrag von Abg. Stavadv ein, der deutlich gemacht habe, dass die Geschichte der Ostseeparlamentarierkonferenz eine Geschichte der Emanzipation der Demokratie gewesen sei. Die Parlamentarier hätten die Möglichkeit gehabt, diese Geschichte zu beeinflussen, es läge aber auch in ihrer Verantwortung sicherzustellen, dass die Ostsee ökologisch und wirtschaftlich keinen Schaden nähme und Arbeit und Gesundheit sich gut entwickelten. Er appellierte an die Konferenz, den Vorschlag von Ole Stavadv aufzugreifen und Maßnahmen zur Weiterverfolgung in den Parlamenten zu entwickeln. Abg. **Birgit Schwes** wies darauf hin, dass der Landtag Mecklenburg-Vorpommern schon jetzt alle im Hinblick auf die Ostsee gefassten Beschlüsse an die BSPC weiterleite und unterstützte die Handlungsempfehlungen des Abgeordneten ebenfalls. Der Vertreter der Gesetzge-

benden Versammlung St. Petersburgs **Vatanyar Yagya** trat dafür ein, Belarus Beobachterstatus in der Konferenz zu verleihen.

## **Zweite Sitzung – Ozeane und Meere**

Die zweite Sitzung unter dem Vorsitz von **Valentinas Mazuronis** wurde mit einer Ansprache von **Berndt Röder**, Präsident der Hamburgischen Bürgerschaft, zur *Europäischen Meerespolitik* eingeleitet. In Anbetracht dessen, dass zwei Drittel der Grenzen der Europäischen Union aus Küsten beständen, erscheine es plausibel, dass die Meerespolitik eine Priorität für die EU sei. Eine ganzheitliche Meerespolitik solle maximale Potenziale erschließen und das Meer gleichzeitig schützen. Das im November 2006 erwartete Grünbuch der Kommission werde eine Orientierung bieten, um den künftigen Rahmen für die Meerespolitik abzustecken, welcher die unterschiedlichen Nutzungen in Einklang bringen solle. Die Gesundheit der Ostsee sei die Grundlage für ein gesundes Leben in den Ostseeanrainerländern. Die deutsche Regierung werde sich mit dem Grünbuch ausführlich beschäftigen. Für die deutschen Länderparlamente gälten drei vorrangige Ziele für die europäische Meerespolitik: Sicherung einer nachhaltigen Beschäftigung durch Forschung und Innovation, Ausbau der Seewege und ihre Modernisierung sowie den Schutz der Meeresumwelt.

Für die Helsinki-Kommission stellte ihr Vorsitzender **Mieczyslaw Ostojki** den *Aktionsplan für die Ostsee* vor. Die wichtigsten Herausforderungen für die Ostsee seien die Eutrophierung, die Einleitung gefährlicher Schadstoffe, die Zerstörung der Lebensräume und der biologischen Vielfalt, auch durch Überfischung sowie wachsende Meeres- und Offshore-Aktivitäten. Der von den Ministern 2003 vereinbarte sektorübergreifende Ökosystemansatz verfolge das Ziel einer gesunden Ostsee-Umwelt, in der sich alle biologischen Komponenten im Gleichgewicht befänden, was zu einem guten ökologischen Lage führe und eine Vielzahl nachhaltiger wirtschaftlicher und sozialer Aktivitäten unterstütze. Dies solle über den Aktionsplan für die Ostsee erreicht werden. Er verfolge ökologische Ziele, habe Indikatoren und Zielsetzungen, sehe konkrete Aktionen vor, beziehe zahlreiche Interessenten mit ein und zeichne sich durch ein hohes politisches Engagement der Vertragsparteien aus. Die Maßnahmen seien an die Prozesse im Ökosystem der Ostsee gebunden und stützten sich auf die subregionalen Besonderheiten der Ostsee. Der Aktionsplan solle 2007 von den Umwelt- und Landwirtschaftsministern verabschiedet werden. Der Aktionsplan sei ein komplexes Bündel von Maßnahmen, die auf unterschiedlichen Ebenen ergriffen werden müssten. Mit der Verabschiedung einer europäischen Meeresstrategie werde er zusätzlichen Schwung erhalten, er allein werde die Umweltprobleme der Ostsee jedoch nicht lösen können – hierfür sei vielmehr das Engagement aller beteiligten Partner entscheidend.

Angesichts der großen Bedeutung, die die Ozeane für die Fischereination Island haben, beschrieb **Jón Ólafsson** die *Auswirkungen der Treibhausgase auf die marinen Ökosysteme*. Ein Anstieg des CO<sub>2</sub>-Gehalts in den Meeren sei erstmals 1957 festgestellt worden, und es sei vorhersehbar, dass er sich in beschleunigtem Maße weiter erhöhen werde. Bisher seien nur 48% der Ozeane auf ihren CO<sub>2</sub>-Gehalt hin überprüft worden, einige von ihnen im Norden und Süden der Welt seien jedoch stark betroffen. Die Verschmutzung mit CO<sub>2</sub> erfolge entweder durch die Atmosphäre oder direkt in die Ozeane. Der CO<sub>2</sub>-Gehalt wirke sich zunächst auf die Pflanzen und über die Nahrungsmittelkette auf die Kleintiere und Fische aus und beeinflusse so die Variabilität des Tierbestands. Daher seien z.B. die Heringsbestände von 1972 bis 1986 sehr gering gewesen. Die Versäuerung der Ozeane durch das CO<sub>2</sub> habe Auswirkungen auf Korallenriffe und Kaltwasserkorallen, Phytoplankton und Pflanzen sowie auf Zooplankton und Tiere.

Zu den *ökologischen Problemen der Ostsee* aus russischer Sicht referierte Herr **Asanbuba Nyudyurbegow**, Stellvertretender Vorsitzender des Umweltausschusses der Staatsduma. Umweltprobleme seien stets ein wichtiger Punkt auf der Agenda der Ostsee, doch auch die während des Zweiten Weltkriegs versenkten chemischen Waffen auf dem Boden der Ostsee - vor allem im Skagerak und Kattegat - stellten eine große Gefahr dar, da die Stoffe durch das Rosten der Metallgürtel freigesetzt werden könnten. Russland habe appelliert, mehr Informationen über die versenkten chemischen Waffen zu erhalten. Zur Bewältigung des Problems seien eine Überwachung der sogenannten „Hot spots“, die Schaffung internationaler Projekte sowie vor allem politischer Wille erforderlich. Die Erklärung der Ostsee zum besonders empfindlichen Meeresgebiet (PSSA) verfolge Russland mit großem Interesse, da dies einen gemeinsamen internationalen Ansatz ermöglichen und der einzigartigen Umwelt der Ostsee Rechnung tragen würde. Die Region habe bereits alle möglichen Maßnahmen im Rahmen der IMO unternommen. Die russische Regierung habe einen Plan für die maritime Sicherheit entwickelt. Die Eutrophierung sei ein weiteres großes Problem für die Ostsee, und Russland habe eine Reihe von Maßnahmen zur Verhinderung der Umweltverschmutzung unternommen. Zum Verlauf der geplanten *Gaspipeline* sagte Herr Nyudyurbegow, es würden keine Minenfelder berührt und man unternehme große Vorsichtsmaßnahmen bei der Erschließung des Bodens; es würden ca. 1000 Bodenproben entnommen. Russland sei bereit, vernünftige Projekte zu unterstützen, die zum Wohlergehen der Bevölkerungen beitragen.

Den *Zwischenbericht „Algentreiben – ein Alarmsignal für die Ostsee“* hielt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Eutrophierung, **Asmund Kristoffersen**. Die Arbeitsgruppe war zu Beginn des Jahres für die Dauer von zwei Jahren eingesetzt worden, um das politische und öffentliche Bewusstsein über die Eutrophierung zu stärken. Sie habe bisher dreimal getagt und werde auf der 16. Jahrestagung in Berlin einen endgültigen Bericht über ihre Arbeit vorlegen. Das ökologische Gleichgewicht der Ostsee sei durch die Überanreicherung mit Nährstoffen stark gestört. Dies führe zu einem starken Algenwachstum, zum Abbau von Sauerstoff und schließlich zum Sterben von Fischen und anderen Organismen. Die Eutrophierung sei daher ein großes Problem für die Fischerei und beeinträchtige auch in starkem Maße die Erholungsmöglichkeiten an den Küsten. Die Arbeitsgruppe habe die früheren und derzeitigen Initiativen von HELCOM, Ostseerat und EU untersucht und würde sich über eine Aufforderung freuen, zur Ausarbeitung des HELCOM-Aktionsplans beizutragen. Ostseerat und nationale Regierungen seien derzeit dabei, die EU-Wasserrahmenrichtlinie und die Meeresstrategie für die Ostsee umzusetzen. Die Landwirtschaft trage durch die Einleitung von Stickstoff und Phosphor in hohem Maße zur Eutrophierung bei. Kristoffersen sah daher einem für 2007 geplanten Treffen der Umwelt- und Landwirtschaftsminister erwartungsvoll entgegen. Er verwies auf eine Broschüre, die die Arbeitsgruppe zur Eutrophierung veröffentlicht hatte und mit der das Bewusstsein in der Öffentlichkeit gestärkt werden solle. Denn das Ausmaß der Eutrophierung resultiere auch aus dem unterschiedlichen Grad der menschlichen Aktivitäten. Zur Senkung der Einleitungen von Stickstoff und Phosphor müssten wahrscheinlich von Ort zu Ort maßgeschneiderte Lösungen gefunden und Landwirtschaft, Industrie, Gemeinden und andere interessierte Parteien einbezogen werden.

Das *Fischereimanagementsystem in Island* erläuterte Herr **Árni Múli Jónasson** aus dem Isländischen Fischereiministerium. Die isländische Fischereiflotte umfasse ca. 1350 Schiffe, darunter Tiefkühl- und Nassfischtrawler. Ihr Fang läge zwischen 1,7 und 2,1 Mio Tonnen, was 2 bis 2,5% aller Fänge auf der Welt entspräche und Island zur zwölftgrößten Fischereination der Welt mache. Die Hauptakteure beim Fischereimanagement seien das Fischereiministerium, das Fischereidirektorat (auch zuständig für Lebensmittelkontrollen) und die Küstenwache. Zum Fischen benötige man eine Lizenz; das Fischereiministerium entscheide, welche Fischarten dem individuellen Quotensystem unterlägen, und jedes Fangjahr werde eine neue Regelung für das Fangaufkommen für jede Fischart getroffen. Die kleineren Schiffe hätten

bestimmte Sonderquoten sowie Vorteile aufgrund des Lange-Leine-Fischens. Das Quotensystem sei sehr flexibel, so könnten 20% eines Fangvolumens eines Kutters auf das nächste Jahr übertragen werden und die Fangquote um bis zu 5% überzogen werden. Für die Fischnetze sei eine Mindestgröße festgelegt, das Fischen mit Trawlern sei verboten, Raster in Fischgeräten seien Pflicht, und Fischereizonen könnten vom Ministerium schnell geschlossen werden. Das Fangaufkommen werde von 60 Instituten immer registriert und sei im Internet immer auf dem aktuellen Stand einsehbar. Bei Verstößen gegen die Bestimmungen müssten sich die Kapitäne erklären und im Falle eines Überfischens am Ende des Jahres eine Strafe zahlen; doch auch Strafsanktionen seien möglich. Auf diese Weise wolle Island eine nachhaltige Nutzung sämtlicher Meeresressourcen sicherstellen.

In der anschließenden *Plenardebatte* entspann sich in erster Linie eine lebhafte Diskussion über die bereits im Ständigen Ausschuss angesprochene *Ostsee-Gaspipeline*, die zwischen Russland und Deutschland auf dem Boden der Ostsee verlegt werden soll. Die Vertreter der Länder, in deren Küstenregionen die Pipeline verlaufen soll, waren entrüstet darüber, nicht um Erlaubnis gefragt worden zu sein, während Deutschland und Russland den Bau der Pipeline verteidigten. Als Beobachter der BSPC bei der HELCOM berichtete **Ole Stavad** (Dänemark), die deutschen und russischen Behörden hätten auf der letzten HELCOM-Sitzung Details über die Umweltverträglichkeitsprüfungen bekannt gegeben. Die Länder, durch deren Küstenregionen die Pipeline verlaufe, seien weder informiert noch um Erlaubnis gefragt worden. Der Verbund der drei deutschen Energieunternehmen solle zusätzliche Unterlagen zu den Pipelinedokumenten bereitstellen. Er forderte auch, einen Passus in die Resolution aufzunehmen, dass vor der Verlegung der Pipeline zuerst Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt und alle relevanten internationalen Verträge beachtet werden müssten. Senatorin **Dorota Arciszewaska-Mielewczyk** (Polen) hielt es für unangebracht, dass die Ostseeanrainer die Umweltverträglichkeitsprüfungen bezahlen sollten, obwohl nur Deutschland und Russland sie legten. **Gabriel Romanus** (Schweden) äußerte Verständnis im Hinblick auf die Umweltbesorgnisse der Küstenländer. Der schwedische Ministerpräsident habe das Projekt noch nicht insgesamt abgelehnt. Er appellierte daran, alternative Lösungen zu finden, die den Anrainern besser passen würden. PSt **Thönnnes** wies darauf hin, dass es sich um ein Abkommen privatwirtschaftlicher Firmen handle. Die wichtigsten Abkommen seien eingehalten und Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt worden. Die Informationsarbeit sei sehr viel besser als bei anderen Projekten gewesen. Die Küstenanlieger hätten natürlich gefragt werden müssen, doch gebe es heute auf Staatssekretärsbene eine deutsch-polnische Zusammenarbeit, in deren Rahmen jetzt mehr getan werde.

Die Parlamentarier brachten in ihren Beiträgen außerdem ihre Unterstützung für die *Arbeitsgruppe Eutrophierung* zum Ausdruck und machten den Handlungsbedarf zur Bewältigung dieses Problems deutlich. Sie wiesen auch auf die Notwendigkeit einer *größeren Schiffssicherheit und besserer Hafenkontrollen* hin. Die deutschen Abgeordneten der Länderparlamente forderten die Konferenz auch dazu auf, sich mit einer Stellungnahme am *Grünbuch der EU-Kommission zur maritimen Sicherheit* zu beteiligen.

### **Dritte Sitzung – Die Politik der Nördlichen Dimension**

Die dritte Sitzung unter dem Vorsitz von PSt **Franz Thönnnes** wurde eröffnet mit einem *Überblick über die Nördliche Dimension* von Herrn **Tauno Pesola**, finnisches Mitglied im Ausschuss der Hohen Beamten des Ostseerates. Die Nördliche Dimension gehe zurück auf eine Initiative des finnischen Ministerpräsidenten Lipponen. 1999 erhielt die Europäische Kommission erstmals den Auftrag, einen Aktionsplan für den Zeitraum 2000-2003 zu erarbeiten, auf den ein zweiter Aktionsplan 2004-2006 folgte. Dieser umfasste die Bereiche Wirtschaft, Unternehmen, Infrastrukturen; Bildung, Kultur, Forschung und Gesundheit; Umwelt

und nukleare Sicherheit; grenzübergreifende Zusammenarbeit sowie Justiz und Inneres und schloss auch die arktischen Regionen und Kaliningrad ein. Dem Aktionsplan gehörten alle EU-Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission sowie Russland, Norwegen und Island als Partner an. Die Nördliche Dimension sei ein politisches Konzept zur Lenkung der Aufmerksamkeit der EU auf Nordeuropa, vor allem Nordwest-Russland, und zur Entwicklung von Bereichen von gegenseitigem Interesse. Sie diene zur Herstellung von Partnerschaften und zur Entwicklung von Projekten zwischen verschiedenen Akteuren (Länder, Kommission, NGOs) im Nördlichen Raum. 2001 habe man die Umweltpartnerschaft für die Nördliche Dimension geschaffen, die sich auf einen nuklearen und einen nichtnuklearen Bereich erstreckte und sich auf Abwasser, Abfall, Energieeffizienz und Atommüll konzentriere. Die Mittel für diese Partnerschaft beliefen sich auf 225 Mio Euro, aus denen beispielsweise eine Abwasser-aufbereitungsanlage für St. Petersburg finanziert worden sei. Die Partnerschaft für Öffentliche Gesundheit und Soziales Wohlergehen der Nördlichen Dimension wurde 2003 eingerichtet; sie konzentriere sich auf HIV/AIDS, Tuberkulose sowie durch einen niedrigen Lebensstandard hervorgerufene Krankheiten und diene in erster Linie der Sammlung von Informationen und der Bestimmung von Problempunkten. Auf der Ministerkonferenz im November 2005 seien neue Leitlinien für die Nördliche Dimension verabschiedet worden, die eine Weiterentwicklung der Nördlichen Dimension nach 2006 sicherstellen, die Partnerschaften stärken und andere konkrete Projekte fördern sollten. Die derzeitige finnische EU-Präsidentschaft verfolge das Ziel einer Stärkung der Mechanismen, das Heranziehen größerer politischer und finanzieller Beiträge für die soziale Partnerschaft sowie die Herstellung neuer Partnerschaften im Bereich Transport und Logistik sowie evtl. im Energie- und Bildungsbereich. Botschafter Pesola unterstrich abschließend die große Bedeutung der Nördlichen Dimension aufgrund der Zusammenarbeit mit Russland, jedoch auch aufgrund der Existenz anderer regionaler Kooperationen im Mittelmeer- und im Schwarzmeerraum.

Im Hinblick auf die *Haltung des Europäischen Parlaments zur Nördlichen Dimension* stellte die Europaabgeordnete **Diana Wallis** (Vereinigtes Königreich) fest, dass die Debatte zur Nördlichen Dimension im EP sehr gut besucht gewesen sei, was einen großen Schritt nach vorn darstelle. Mit der Baltic Sea Intergroup verfüge der Ostseeraum über eine Lobbygruppe im EP. Die Nördliche Dimension habe sich zu einem Instrument der Regionalpolitik der Europäischen Union weiterentwickelt. Die EU solle jedoch nur dort tätig werden, wo sie einen tatsächlichen Mehrwert zu bereits existierenden Kooperationen erzeuge. Über den Ostseeraum dürften jedoch die arktischen Regionen nicht vergessen werden, die ebenfalls Bestandteil der Nördlichen Dimension seien und ähnliche Interessen wie die Länder des Ostseeraums besäßen. Die Europaabgeordneten nähmen eine Schlüsselrolle wahr, da sie die Europäische Kommission zur Rechenschaft ziehen könnten. Abg. Wallis erinnerte an das Parlamentarische Forum zur Nördlichen Dimension im EP im November 2006 und appellierte zu einer regen Teilnahme.

Für das russische Außenministerium erläuterte der Leiter der Abteilung für europäische Zusammenarbeit **Dmitry Polanskiy** die *Haltung der Russischen Föderation zur Nördlichen Dimension*. Vor der Veröffentlichung des zweiten Aktionsplans habe Russland viele Vorschläge bei der EU-Kommission eingereicht, diese seien jedoch nicht berücksichtigt worden, und so habe sich Russland nicht weiter beteiligt. Später habe Russland konkrete Bedingungen gestellt, wie eine Zusammenarbeit unter ihrer Mitwirkung aussehen sollte. So sollte die Nördliche Dimension eine eigene Agenda haben und eigene Projekte schaffen. Der Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich stehe Russland sehr kritisch gegenüber, da sie in einem Vakuum durchgeführt werde. Die Anstrengungen einzelner Länder würden nicht berücksichtigt, daher sei es fraglich, ob die Erzeugung von Doppelungen sinnvoll sei. Die Parlamentarier sollten sich fragen, wie man der Nördlichen Dimension helfen und zusätzliche Mittel mobilisieren

könne. In Russland werde man diese Gelder finden, die Europäische Union stehe dagegen sehr schlecht da.

In Erwiderung auf seinen Vorredner ergriff Botschafter **Persson** (Schweden, Ostseerat) spontan das Wort. Mit der Nördlichen Dimension habe man den Versuch unternommen, Norwegen, Island und Russland in die Gestaltung der Zusammenarbeit im nördlichen Raum einzu beziehen. Einige Länder seien hier sehr skeptisch gewesen und hätten dies für einen Rückschritt gehalten. Es gebe zwar die Kritik, dass keine eigene Haushaltslinie für die Nördliche Dimension bestehe und dass einige Projekte ohnehin stattgefunden hätten. Tatsächlich hätten manche Projekte jedoch einen wirklichen Mehrwert durch die Zusammenarbeit im nördlichen Raum dargestellt und seien daher eine Ergänzung gewesen. Im Rahmenprogramm für die Nördliche Dimension sei nachzulesen, wie die Projekte finanziert würden. Zur Lösung einiger grenzübergreifender Probleme wie dem Menschen- und Frauenhandel sowie den Flüchtlingskindern, aber auch bei der nuklearen Sicherheit sei eine Zusammenarbeit mit anderen Ländern unerlässlich. Es gebe eine umfassende Liste aller im Rahmen der Aktionspläne 1 und 2 geförderten Projekte; künftig müsse man sich aber auf die wesentlichen beschränken.

Zur *Sozialen Dimension und Arbeitsmarktfragen in der Nördlichen Dimension* sprach **Kristjan Vaigur**, Generalsekretär des Ostsee-Gewerkschaftsnetzes BASTUN. BASTUN wurde 1999 als Netzwerk von 20 Gewerkschaftsbünden aus den Ostseeanrainerländern gegründet, die mit Ausnahme des Unabhängigen Gewerkschaftsverbands Russlands alle Mitglieder des Europäischen Gewerkschaftsbundes seien. BASTUN wolle einerseits die politischen Entscheidungsträger in der Region beeinflussen, andererseits gemeinsam verfolgte, meist von der EU finanzierte Projekte umsetzen. Kristjan Vaigur begrüßte die Verlängerung der Politik für die Nördliche Dimension. Gut funktionierende Arbeitsmärkte seien entscheidend für Arbeitgeber, Arbeitnehmer und die gesamte Gesellschaft. Er hielt es daher für wünschenswert, Arbeitsmarktfragen in dem Politikplan für die nördliche Dimension mehr Raum zu gewähren und ein separates Kapitel für Arbeitsmarktfragen einzurichten, mit dessen Hilfe Sozialdumping bekämpft und die Qualität der Arbeitsplätze verbessert werden solle. Soziale Rechte, lebenslanges Lernen, vernünftige Arbeitsbedingungen und hohe Fachkenntnisse gehörten zu den Prioritäten der Gewerkschaften. Die Arbeitsbestimmungen müssten in allen Ländern eindeutig sein und gewahrt werden; Gehälter, Vergütungen und Verantwortlichkeiten müssten für alle Arbeitnehmer in einem Land gleich sein ungeachtet ihrer Nationalität. Die Zusammenarbeit zwischen den EU-Ländern und Russland sei für beide Seiten von Nutzen, und ein neuer Politikplan für die Nördliche Dimension könne als Instrument dafür verwendet werden. Nach dem Beitritt der neuen Mitgliedstaaten zur EU sei die Grenze zu Russland heute 2700 km lang. Es sei daher von äußerster Wichtigkeit, dass Umweltfragen auf der Tagesordnung zwischen der EU und Russland stünden. Es bedürfe wirksamer Regelungen seitens der EU für eine nachhaltige Entwicklung und für den Seeverkehr in der Region. Doch auch Arbeitsmarktfragen sollten bei den Sitzungen zwischen der EU und Russland ein stärkeres Gewicht erhalten. BASTUN habe vier EU-finanzierte Projekte in der Region zur Stärkung der Gewerkschaftskompetenz im Hinblick auf den sozialen Dialog, Sozialpolitik, Beschäftigung und berufliche Bildung veranstaltet, an denen auch russische Gewerkschaften teilgenommen hätten. Außerdem gebe es eine Reihe weiterer bilateraler Projekte finnischer, schwedischer und norwegischer Gewerkschaften mit russischen Partnern.

Der polnische stellvertretende Minister für Arbeit und Sozialpolitik, Herr **Kazimierz Kuberski**, erläuterte die entscheidende Bedeutung der *Mobilität der Arbeitnehmer* für die Entwicklung der Arbeitsmärkte in den Ländern des Ostseeraums. Heute lebten ca. 150 Milliarden Menschen im Ostseeraum, 80 % davon in Deutschland und Polen, Länder, die beide eine hohe Arbeitslosigkeit aufwiesen (mehr als 15% in Polen). In einigen nördlichen Ländern wie beispielsweise Island mit 2,6% sei die Arbeitslosigkeit dagegen sehr gering. Andererseits be-



stehe eine große Kluft im Hinblick auf Einkommen und Lebensstandard zwischen den östlichen und den westlichen Ländern der Ostsee. Alle Länder wiesen dieselben Probleme im Hinblick auf die Überalterung der Gesellschaft und des Fachkräftemangels in bestimmten Wirtschaftsbereichen auf, während in zahlreichen anderen ein Arbeitskräfteüberschuss bestehe. Eine erhöhte Arbeitskräftemobilität könne derartige Engpässe ausgleichen und trage zu einem dynamischeren Wirtschaftswachstum in der gesamten Region bei. Während der Zugriff auf billigere Arbeitskräfte für die Empfängerländer eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ermögliche, hätten die Bürger der neuen EU-Mitgliedstaaten die Möglichkeit, besser bezahlte Arbeitsplätze zu bekommen und ihre Fachkenntnisse auszubauen. In einem Bericht über das Funktionieren der Übergangsmaßnahmen habe die Europäische Kommission bestätigt, dass die Vorteile des freien Arbeitnehmerverkehrs aus den neuen Mitgliedstaaten die Nachteile bei weitem überwögen. Aufgrund der positiven Erfahrungen einiger Länder hätten daher Island und Finnland gleichzeitig mit Dänemark und Norwegen den Zugang zu ihren Arbeitsmärkten ermöglicht. Auch Großbritannien und Irland sowie Spanien, Portugal und Griechenland wendeten die Übergangsmaßnahmen nicht mehr an. Neuerdings gebe es in Polen eine negative Berichterstattung in den Medien angesichts nachteiliger sozialer Folgen (Familientrennungen und Qualifikationsverluste) einer Arbeit im Ausland. Doch die Vorteile würden für Polen bei weitem überwiegen. Durch die Zahlungsüberweisungen aus dem Ausland steige der Wohlstand, zahlreiche frühere Arbeitslose hätten ins Berufsleben zurückgefunden und im Ausland neue Fähigkeiten erworben, die ihnen die Möglichkeit eröffnet hätten, nach ihrer Rückkehr bessere Arbeitsplätze in Polen zu finden. So könne Polen an den Erfolg Irlands anknüpfen, dessen Auswanderer während des Wirtschaftsaufschwungs in das Land zurückgekehrt seien. Es sei daher wichtig, dass die Arbeitskräftemobilität nicht behindert und alle rechtlichen und administrativen Hürden zügig abgebaut würden.

PSt **Thönn**es betonte, dass, wenn man liberalisierte Arbeitsmärkte wolle, es notwendig sei, über die verschiedenen Systeme der sozialen Sicherheit informiert zu sein. Gäbe es ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit, seien die Menschen auch zur Mobilität bereit. Man müsse dann aber auch über verschiedene Einzelaspekte informiert sein. Er freue sich daher über die Zustimmung der Konferenz, auf der 16. Jahrestagung 2006 in Berlin Arbeitsmarktfragen und Soziales als Schwerpunktthema zu behandeln.

(Meier)